

DAS KONTRA

DAS VERBANDSMAGAZIN
DER JUSOS BW

1. AUSGABE 2025

LANDTAGS-
WAHLEN
2026

*EIN GERECHTES
BADEN-WÜRTTEMBERG*



VORWORT

*Liebe Jusos, liebe Genoss*innen,*

es freut mich sehr, dass wir euch auch im dritten Jahr in Folge eine Printausgabe an unserer LDK präsentieren dürfen. In dieser Printausgabe wollen wir einerseits auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr blicken, allerdings uns auch mit Themen im Lokalen, wie der Ostalb, der Europäischen Ebene, der Kritik an Israel und unserer Partei beschäftigen. Besonders freut es uns in der Redaktion, dass wir ein Gastbeitrag von Nina Gaedike, der Landesvorsitzenden der Jusos NRW dabei haben.

An dieser Landesdelegiertenkonferenz haben auch wir, die KONTRA Redaktion, einen Antrag für euch vorbereitet: Die Schaffung einer Co-Chefredaktion in unserem Landesmagazin. In dem vergangenen Arbeitsjahr konnten wir sehr viele Jusos aus den unterschiedlichsten Kreisverbänden bei uns in der freien Redaktion begrüßen. Dadurch konnten wir auch so aktiv sein wie nie. Allerdings haben wir dabei gemerkt, dass diese Arbeit als ein*e Chefredakteur*in sehr viel werden kann. Wir hoffen auf eine sehr große Zustimmung bei unserem satzungveränderten Antrag.

An dieser Stelle wollen wir auch noch einmal Werbung für unser Magazin machen, sei es im Artikel schreiben, Social Media Posts erstellen oder auch in der Moderation bei einem Podcast. Wir sind offen für alle, die sich bei uns beteiligen wollen. Und wir wollen auch euch einen Mehrwert bieten, bspw. durch spannende Artikel, die ihr als Diskussionsaufhänger nutzen könnt bei euch vor Ort. Oder durch Pro-Contra Formate in denen ihr vielseitige Argumente zu Sachthemen erfahren könnt. Daher freuen wir uns auch auf euer Feedback und eure Wünsche. Denn eins ist klar, ihr seid unsere Zielgruppe und wir machen diese redaktionelle Arbeit für euch.

In diesem Sinne wünsche ich euch im Namen von unserer gesamten Redaktion eine erfolgreiche, diskussionsfreudige und positive LDK in Aalen.

*Für die gesamte KONTRA-Redaktion
Mit solidarischen Grüßen*



Marius Kipfmüller, Chefredakteur

Impressum:

Das KONTRA-Magazin wird organisiert, mit Inhalten gefüllt, gestaltet und generell umsetzt von der gewählten Redaktion, auch von freien Redakteur*innen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben ausschließlich die Meinung des*der Autor*in wieder.
V.I.S.D.P. Juso-Landesvorstand, Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

Inhalt

Vorwort	3
Jugend wählt, Jugend zählt!	4
Zukunft gestalten – nicht verwalten	6
Bildung in Deutschland	8
FINTAs* in die Parlamente (reicht nicht)!	10
Die Folgen der Grenzkontrollen	12
Kritik an Israel ist kein Tabu – sondern Pflicht	14
Sollte die EU eine eigene Streitkraft aufbauen?	16
Willkommen auf der Ostalb!	18
Ein Besuch im Europäischen Parlament	20
Tief im Westen – geht es um alles	21
Ist die SPD noch zukunftsfähig?	22

Layout & Design: Lars Augustin

Illustration Cover: Lars Augustin

*Keine Illustration oder Grafik in diesem
Magazin wurde mit KI erstellt*

Links: Marius Kipfmüller

Rechts: Lars Augustin



JUGEND WÄHLT, JUGEND ZÄHLT!

ÜBER DEN VERSUCH JUNGE WÄHLER*INNEN ZU GEWINNEN



EIN ARTIKEL VON
FLORIAN BURGER
(KV LÖRRACH)



Der Landesvorstand hat für die kommende Landtagswahl ein Jugendwahlprogramm erstellt, welches auf der LDK beschlossen werden soll. Doch was steht drin? Was ist gut, wo muss noch nachgebessert werden? Eine Einordnung:

Gerechte Bildung statt Chancenlotterie! Ein wichtiger Ansatz, der im Jugendwahlprogramm auch einen ent-

sprechen hohen Stellenwert enthält. Eine wichtige Forderung, die sich im Jugendwahlprogramm wiederfindet, ist endlich mehr Geld für die Sanierung von Schulen bereitzustellen. Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass besonders die bisher unterfinanzierten Schularten untersetzt werden sollen. Auch weitere Probleme, wie beispielsweise fehlende Digitalisierung, fehlende Lehrkräfte und mehr werden konkret benannt und Lösungen geboten.

Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren vernachlässigt, hier setzen wir an den richtigen Punkten an. Auch der Kostenfreie Besuch in Museen für Personen unter 27 ist eine wichtige Forderung.

Ebenfalls positiv zu erwähnen ist, dass dem Thema Feminismus ebenfalls ein sehr großer Teil zufällt. Schwangerschaftsabbrüche müssen erleichtert werden und dürfen nicht mehr stigmatisiert sein sollen. Auch Femizide müssen endlich so benannt und strenger verfolgt werden. Es darf nicht mehr von Beziehungsdramen oder ähnlichen verharmlosenden Begriffen gesprochen werden. Die Jusos Baden-Württemberg leistet mit dem Programm einen wichtigen Schritt, um diese beiden Themen in Gesellschaft und Politik zu tragen. Auch, dass Transpersonen beachtet werden zeigt, dass die Jusos der Garant sind für alle Menschen.

Auch, dass sich das Jugendwahlprogramm mit der Transformation der Wirtschaft beschäftigt, ist im Land von Bosch, Würth und co ein gutes Zeichen. Es wirbt damit, dass eine Transformation stattfinden muss, diese jedoch, darf nicht auf Kosten von Klima und Jobs geschehen. Baden-Württemberg ist der Standort für Zukunftstechnologie und neue Ideen. Das muss so bleiben und weiter gefördert werden.

Denn an der Industrie hängen Jobs, die Finanzierung der Kommunen und nicht zuletzt auch die Attraktivität der Städte und Gemeinden. Auch beim Thema Infrastruktur, beispielsweise beim Wasserstoff werden wichtige Akzente gesetzt. Des Weiteren soll es Menschen mit Migrationshintergrund einfacher gemacht werden in unseren Arbeitsmarkt integriert zu werden. Das ist sehr nötig, da es uns an Fachkräften mangelt und wir diesen nur durch Zuwanderung decken können. Hier müssen wir den hetzerischen Märchen von rechts entschlossen entgegenreten.

Wohnungspolitik, gerade für junge Menschen, wurde von der bisherigen Landesregierung massiv vernachlässigt. Auch hier bringen die Jusos sich ein. Gerade Leerstand und Zweckentfremdung sollen massiv bekämpft werden, um endlich wieder bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Jusos stehen für Student*innen, Azubis und Arbeiterfamilien. Gerade für diese wird Wohnraum immer unbezahlbarer. Einen Zustand den wir als Jusos nicht einfach hinnehmen dürfen. Es kann nicht sein, dass in Städten und an der Schweizer Grenze die Mietpreise in die Höhe schießen, während in den ländlichen Gebieten leerstand und Überalterung herrscht. Hier landen wir wieder beim Thema Infrastruktur.

Auch die Jugendbeteiligung soll erhöht werden. So sollen

beispielsweise in allen Kommunen ab 30.000 Einwohner*innen verpflichtend Jugendgemeinderäte eingeführt werden. Ein guter Vorschlag, da mehr Jugendbeteiligung gelebt werden muss. Wir als junge Generation müssen unsere eigene Zukunft Mitgestaltungen können. In vielen Städten fallen die Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den Tisch und werden dadurch vergessen.

Trotz dessen, dass Baden-Württemberg seit bald 15 Jahren einen grünen Ministerpräsidenten hat, haben wir in Sachen Klimaschutz alles andere als ein Vorreiter Rolle. Die Jusos fordern eine bessere Rad- und ÖPNV Infrastruktur. Auch beim Heizen müssen Optionen, wie Nah- und Fernwärme, sowie Geothermie ausgebaut werden.

Im Bereich Finanzierung wird besonders viel Wert auf die kommunale Ebene gelegt. Dies ist auch wichtig, den immer mehr Kommunen kommen finanziell in Bedrängnis und die bisherige Landesregierung schaut fast tatenlos zu. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Steuerhinterziehung konsequenter verfolgt werden soll, unter Anderem durch mehr Personal. Wir stehen nämlich für Gerechtigkeit. Und diese Gerechtigkeit ist nicht gegeben, wenn reiche Leute noch reicher werden, in dem sie Steuern hinterziehen. Hier wird an der richtigen Stelle angesetzt.

Die im Jugendwahlprogramm angestrebte Reformation der Verwaltung ist ein sehr mutiger und auch gewagter Schritt. Doch zeitgleich ist klar, dass etwas passieren muss. Eine Reform ist längst überfällig und sollte angestrebt werden. Wir stehen, vor allem was Digitalisierung betrifft, an einem Punkt, wo auch die Verwaltung endlich digital werden muss. Hier lassen sich Vorschläge und Ansätze vermissen. Wir müssen aus der Zeit von Faxgerät und Papierberg endlich ausbrechen, um unsere Verwaltung effizienter und Bürgernaher zu gestalten.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass mit dem Jugendwahlprogramm mit Sicherheit einige potentielle Wähler*innen erreicht werden können. Zeitgleich gibt es aber auch viele wichtige Punkte, die keinen Platz mehr fanden. So wird Inklusion schulisch nur in einem Satz erwähnt, in den restlichen Teilen sucht man sie vergeblich. Auch, dass viele Dinge im ländlichen Raum nochmals erschwert sind, bleibt eine Randnotiz. Das ist sehr schade, aber soll nicht über die guten Punkte im Programm hinwegtrüben. Alles in allem ein Versuch mit Defiziten, der jedoch in die richtige Richtung geht.

ZUKUNFT GESTALTEN – NICHT VERWALTEN

WARUM BADEN-WÜRTTEMBERG JETZT INVESTIEREN MUSS



EIN ARTIKEL VON
NATHALIE ZIEWEY
(KV LUDWIGSBURG)
& FINN SCHÄFER
(KV REUTLINGEN)



Baden-Württemberg steht am Scheideweg. Die großen Herausforderungen unserer Zeit – Klimakrise, demografischer Wandel, soziale Spaltung und eine verschleppte Digitalisierung – sind längst keine abstrakten Zukunftsszenarien mehr. Sie sind real, spürbar und drücken uns jeden Tag ins Gesicht. Und doch bleibt die Antwort der Politik oft seltsam kraftlos. Während die Probleme wachsen, verwaltet die grün-schwarze Landesregierung ihren eigenen Stillstand. Für viele Menschen bedeutet das längst nicht mehr nur Frust – sondern echten Schaden.

Da ist die Erzieherin, die seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeitet, weil Kitas unterbesetzt und unterfinanziert sind. Da ist der Schüler auf dem Land, dessen Schule kein WLAN, aber Schimmel an der Decke hat. Da ist die Familie, die sich keine energetische Sanierung leisten kann, aber im Winter die Heizkosten kaum noch stemmen kann. Das sind keine Randphänomene. Das ist Alltag – in einem der wirtschaftsstärksten Bundesländer Deutschlands.

In dieser Lage braucht es keine Symbolpolitik. Es braucht einen echten politischen Richtungswechsel. Wir brauchen ein Ende des ideologischen Festhaltens an der Schuldenbremse und stattdessen einen aktiven Staat, der handelt. Die Schuldenbremse, einst eingeführt als finanzpolitisches Stabilitätsversprechen, ist zur Zukunftsbremse geworden. Wer heute auf notwendige Investitionen verzichtet, spart nicht – er verschiebt Kosten auf morgen. Und zahlt dann doppelt.

Jeder Euro, den wir jetzt in Schulen, Klimaschutz oder digitale Infrastruktur stecken, ist kein Risiko. Er ist eine Versicherung gegen soziale Spaltung, ökologischen Kollaps und wirtschaftliche Stagnation.

Ein zentrales Feld für solche Investitionen ist die Bildung. Noch immer hängt in Baden-Württemberg der Bildungserfolg stärker vom Einkommen der Eltern ab als von der Begabung der Kinder. Das ist nicht nur ungerecht – es ist volkswirtschaftlich fatal. Wir brauchen gebührenfreie Kitas mit echter Qualität, eine landesweite Sanierungsoffensive für Schulen, digitale Infrastruktur in jedem Klassenzimmer und mehr gut ausgebildetes pädagogisches Personal, das endlich fair bezahlt wird. Bildung ist kein Luxus. Sie ist ein Menschenrecht – und unsere schärfste Waffe gegen soziale Ungleichheit.

Gleichzeitig ist klar: Die ökologische Transformation unseres Landes ist nicht mehr verhandelbar – aber sie ist gestaltbar. Und sie darf nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden. Wer Klimaschutz ernst meint, muss ihn sozial gerecht organisieren. Wir brauchen

einen massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – nicht nur in Städten, sondern gerade im ländlichen Raum. Wir brauchen energetische Gebäudesanierung – aber ohne Mieterhöhungen. Wir brauchen regionale Energieprojekte in Bürgerhand statt milliardenschwere Renditen für Großkonzerne. Die Transformation darf keine Angst machen – sie muss Sicherheit geben. Sie muss Arbeit schaffen, nicht vernichten.

Auch in der Digitalisierung hinkt Baden-Württemberg hinterher. Noch immer fehlen Glasfaseranschlüsse auf dem Land, noch immer fehlt es an digitaler Bildung und an sozialer Innovation. Digitalisierung ist für uns kein Markt, sondern ein öffentliches Gut. Deshalb fordern wir Glasfaser bis zur letzten Milchkanne – staatlich organisiert. Wir fordern digitale Bildung an allen Schulen, Open-Source-Software statt proprietärer Abhängigkeit, und gezielte Förderung von gemeinwohlorientierten Start-ups und digitalen Genossenschaften. Die Zukunft gehört nicht den Plattformmonopolen – sie gehört uns allen. Wenn wir sie selbst gestalten.

Was wir brauchen, ist ein handlungsfähiger Staat. Einer, der gestaltet statt zu verwalten. Deshalb schlagen wir Jusos einen landeseigenen Zukunftsfonds vor: mindestens zehn Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre. Finanziert durch eine zeitweise Aussetzung der Schuldenbremse, eine einmalige Vermögensabgabe und die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen. Dieser Fonds soll gezielt in vier zentrale Bereiche investieren: Bildung und Forschung, Klimainfrastruktur, soziale Innovation und Gesundheit sowie Digitalisierung und Kultur.

Das ist kein Wunschzettel – das ist eine realistische Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Baden-Württemberg kann mehr. Und Baden-Württemberg verdient mehr. Es ist Zeit, dieses Land nicht länger kaputtzusparen, sondern aufzubauen. Mit Investitionen, die Chancen schaffen, Sicherheit geben und niemanden zurücklassen. Mit einer Politik, die nicht nur reagiert, sondern gestaltet.

Wir Jusos stehen für ein Baden-Württemberg, das den Mut hat, Verantwortung zu übernehmen – nicht gegenüber den Finanzmärkten, sondern gegenüber den Menschen, die hier leben. Es geht nicht nur um Milliarden. Es geht um Haltung. Und um Gerechtigkeit.

Die Zukunft beginnt nicht irgendwann. Sie beginnt jetzt. Lasst sie uns gemeinsam machen.

BILDUNG IN DEUTSCHLAND

BAUSTELLEN EINES REFORM- BEDÜRFTIGEN SYSTEMS



EIN ARTIKEL VON
JANNICK KESSLER
(KV ESSLINGEN)



Die PISA-Studie 2022 hat gezeigt: 30 Prozent aller Schülerinnen und Schülern verfehlen die Mindestanforderungen in Mathematik. Damit erreichte Deutschland das bislang schlechteste Ergebnis seit Erhebung der Statistik im Jahr 2000. Doch woran liegt dieser folgenschwere Absturz des deutschen Bildungssystems und welche Chancen haben wir, um unser Bildungssystem zukunftsfähig zu gestalten?

Der Bildungsbericht 2022 hat gezeigt: Nach wie vor gibt es in Deutschland einen starken Zusammenhang zwischen den Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und den Rahmenbedingungen, unter denen ein Kind aufwächst. Hierzu zählt der formale Bildungsstand der Eltern, der sozioökonomische Status der Familie sowie die elterliche Erwerbsbeteiligung. Fast jedes dritte Kind in Deutschland

lebt unter dem Fehlen von mindestens einer der genannten Bedingungen. Hat die Familie des jeweiligen Kindes einen Migrationshintergrund, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit drastisch, dass das Kind unter mindestens einem der sogenannten Risikofaktoren lebt. Kinder und Jugendliche in Deutschland sind in sehr unterschiedlichem Maß von Risikolagen betroffen – je nachdem, in welcher Familienform sie leben und ob ein Migrationshintergrund vorliegt. Besonders hohe Belastungen zeigen sich bei Kindern aus Alleinerziehendenhaushalten und Familien mit Zuwanderungserfahrung. Während etwa 29% aller unter 18-Jährigen mindestens eine Risikolage aufweisen, liegt dieser Anteil bei Kindern von Alleinerziehenden bei 56% – mehr als jedes fünfte Kind (22%) ist dort sogar von allen drei Risikotypen betroffen: sozial, bildungsbezogen und finanziell.

Kinder aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil nach Deutschland zugewandert ist, sind ebenfalls stark betroffen. In Haushalten mit Zuwanderung nach 1995 liegt der Anteil mit mindestens einer Risikolage bei 67%, und fast ein Drittel dieser Kinder lebt mit allen drei Risikolagen. Deutlich wird, dass sich soziale Ungleichheit entlang familiärer Strukturen und Herkunft reproduziert. Wer in prekären Lebenslagen aufwächst, hat deutlich schlechtere Chancen auf Bildung, Teilhabe und soziale Mobilität – ein strukturelles Problem mit langfristigen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein weiterer Punkt für das Schwächeln des deutschen Bildungssystems ist der Mangel an Investitionen. Das Bildungsbudget ist zwar von 2005 bis 2019 um 86 Milliarden Euro gestiegen, der Anteil der Bildungsausgaben im Bundeshaushalt entspricht jedoch seit mehr als zwei Jahrzehnten rund 5 bis 7 Prozent. Dabei sind Investitionen in die Bildung Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Laut der OECD rechnen sich Ausgaben für den Staat im Bereich der Bildung, da so Milliardensummen an zukünftigen Staatseinnahmen generiert werden können. Im Angesicht dieser Tatsachen kommt schnell die Frage auf, wieso die Politik nicht aktiv gegen diese strukturellen Probleme vorgeht.

Oft wird hier das Argument gebracht, dass der Föderalismus im Bildungsbereich echte Reformmaßnahmen erschwert. Auch wenn dies sicherlich stimmt, reicht dieses Argument bei Weitem nicht, um echten Reformmaßnahmen aus dem Weg zu gehen. Denn auch wenn wir 16 verschiedene Kultusministerien auf Länderebene haben, so sollte man sich doch, trotz unterschiedlichen politischen Auffassungen und Ideen, einig darüber sein, dass wir

endlich ein Bildungssystem für alle schaffen müssen.

Aber was fordere ich hier, schließlich handelt es sich bei solchen Forderungen um Themen, die über die Zeit einer Legislaturperiode hinausgehen. Doch sollte es zum Ablegen dieser Kurzsichtigkeit kommen, müsste man sich fragen, wie solche Reformen konkret aussehen könnten.

Eine erste wichtige Reform wäre die Betrachtung des Bildungssystems als eine einheitliche und ständige Konstante. Ein bundesweites Angleichen der Abschlussprüfungen sowie der Bildungsstandards im Allgemeinen ist hier ein erster, wichtiger Schritt. Des Weiteren muss politisch erkannt werden, dass Bildung nicht erst in der Grundschule beginnt. Gerade in der Kindertagesstätte werden Kindern Fähigkeiten vermittelt, die für einen späteren Erfolg in der Schule wichtig sind. Ebenfalls bietet eine KiTa die einmalige Chance, Herkunft Unterschiede zu verringern beziehungsweise auszugleichen.

Um jedoch dafür zu sorgen, dass alle Kinder von diesen Chancen profitieren können, muss auch für jedes Kind die Möglichkeit geschaffen werden, eine KiTa zu besuchen. Dass zurzeit jedoch nicht jedes Kind solche Chancen hat, ist längst kein Geheimnis mehr. Deswegen braucht es neben einem Ausbau der KiTa-Plätzen auch eine infrastrukturelle Verbesserung der Kindertagesstätten sowie eine bessere Ausbildung der Erzieher:innen, da gerade die Qualität der KiTa einen enormen Einfluss auf die kindliche Entwicklung hat.

Die Verbesserung der Infrastruktur im Bildungsbereich ist selbstverständlich nicht nur im frühkindlichen Bildungsbereich zwingend notwendig, sondern auch in den Schulen. Die Tatsache, dass in deutschen Schulen die Fassade bröckelt oder es im

Klassenzimmer schimmelt, ist unerträglich. Hiermit zerbröckelt nicht nur die Schule, sondern die Grundlage für eine angemessene Bildung.

Es zeigt sich also, dass das Bildungssystem in Deutschland vor großen Herausforderungen steht. Soziale Ungleichheiten, der Föderalismus und der enorme Nachholbedarf bei der Infrastruktur sind nur Beispiele eines geschwächten Systems. Um unser Bildungssystem zukunftsfähig und chancengleich gestalten zu können, braucht es eine konsequente Neuausrichtung, hin zu einer verstärkten individuellen Förderung und einem lebenslangen Lernen.

FINTAS* IN DIE PARLAMENTE (REICHT NICHT)!



EIN ARTIKEL VON
CLAIRE ESCHEMANN
(KV FREIBURG)

*Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Am 8. März 2026, am feministischen Kampftag, wird gewählt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Baden-Württemberg ist weiblich. Trotzdem ist nur knapp jede*r dritte Abgeordnete weiblich. Gerade beträgt die Frauenquote im Landtag 31,8% - keine Sperrminorität und kein Zufall. Das ist nicht nur ein Repräsentationsproblem, sondern auch ein Problem für die Belange von FINTA*-Personen im LÄND. "Frauenthemen werden von Frauen gesetzt - oder gar nicht." stellen Expert*innen fest.*

Feministische Listen?

Wie überall, gibt es auch hier Strukturen, die FINTAs* die Partizipation erschweren. In Baden-Württemberg ist war die Landtagswahl in der Vergangenheit besonders geregelt. Die Wähler*innen hatten nur eine Stimme, die entschied, welche*r Kandidat*in im Wahlkreis direkt gewählt wird und wie viele Sitze die Parteien insgesamt im Landtag bekommen.

Der Landtag besteht aus mindestens 120 Sitzen, kann aber durch Überhangs- und Ausgleichsmandaten größer werden. In jedem der 70 Wahlkreise wird ein*e Abgeordnete*r direkt gewählt. Zusätzlich gibt es 50 Ausgleichsmandate, die nach Regierungsbezirken auf Kandidierende verteilt wurden, die ihren Wahlkreis nicht direkt gewonnen haben. Blieben dann immer noch Sitze für eine Partei übrig, so gingen diese an die Ersatzbewerbenden in den Wahlkreisen des Regierungsbezirks, in denen die Partei proportional die meisten Stimmen erreicht hat. Grundlegend ist: In Baden-Württemberg gab es in der Vergangenheit keine Landesliste.

Nach drei Anläufen wurde am 6. April 2022 mit einer Zweidrittelmehrheit die Reform des Landtagswahlrechts

beschlossen. Diese Reform greift erstmals bei den kommenden Landtagswahlen und verbindet die Persönlichkeitswahl mit Grundsätzen der Verhältniswahl. Wie bei den Bundestagswahlen hat jede*r Wähler*in bei den kommenden Landtagswahlen zwei Stimmen: Eine Stimme, mit der ein*e Kandidat*in aus dem Wahlkreis gewählt werden kann und eine weitere Stimme, die über die Sitzverteilung der Parteien im Landtag entscheidet. Auf der Landesvertreter*innenversammlung am 5. Juni wurden von uns das erste Mal eine Landesliste für die Landtagswahlen gewählt. Listen haben den Vorteil, dass sie quotiert aufgestellt werden können. Das wenden viele Parteien bereits an, aber eben nicht alle.

Paritätsgesetz

Im brandenburgischen Landtag wurde 2019 das sogenannte Paritätsgesetz verabschiedet, dass alle Parteien dazu verpflichten sollte, eine quotierte Landesliste aufzustellen. 2020 wurde das Gesetz gekippt, nachdem die AfD, NPD und Piratenpartei vor dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg geklagt hatten. In ihren Koalitionsvertrag wählt die schwarz-grüne Landesregierung in Baden-Württemberg eine vage Formulierung: „Wir werden die politischen Diskussionen und die juristischen Klärungen im Kontext der Möglichkeiten zur Einführung eines Paritätsgesetzes intensiv und interessiert verfolgen.“

In Frankreich gibt es ein solches Paritätsgesetz bereits seit 25 Jahren – und das erfolgreich. Die „loi sur la parité“ verpflichtet Parteien zur Aufstellung geschlechterparitätischer Wahllisten für die Europawahlen und für kommunale und regionale Wahlen. Die Nichteinhaltung führt zu finanziellen Sanktionen.

Ob ein Paritätsgesetz auch in Deutschland umgesetzt

werden kann, ist am Ende eine juristische Frage. Klar ist aber auch: Ein Paritätsgesetz ist in erster Linie Symptombekämpfung und setzt nicht an der Ursache des Problems an. Der Ausschluss von Frauen* aus Politik, Macht und Öffentlichkeit hat System und Tradition.

Unterrepräsentation hat System und Netzwerke

Die Unterrepräsentation von FINTAs fängt nicht im Landtag an. Auch das politische Ehrenamt ist männerdominiert. Eine systematische Hürde liegt in der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit. FINTAs* übernehmen noch immer den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit: Sie kümmern sich um Kinder, pflegen Angehörige, halten den Alltag am Laufen – während Politik meist abends, am Wochenende oder in Sitzungsmarathons stattfindet, die nur für wenige überhaupt zugänglich sind. Der Thüringer Landtag hat eine mögliche Lösung für Abgeordnete gefunden: Abgeordnete im Thüringer Landtag dürfen seit 2020 ihre bis zu einem Jahr alte Kleinkinder mit zu den Sitzungen bringen. Grund für diese Regelung ist ein Fall 2018. Die Grünen-Abgeordnete Madeleine Henfling war aus dem Plenarsaal verwiesen worden, weil sie ihren wenige Wochen alten Sohn dabei hatte. Daraufhin klagte sie - und bekam Recht.

Für Baden-Württemberg hat das keine direkten Konsequenzen. Aber: Einzig in unserem Landtag haben Abgeordnete das Recht Elternzeit zu nehmen.

Auch politische Parteien sind oft selbst Teil des Problems. Sie sind keine neutralen Orte, sondern geprägt von alten Männerbünden, Machtspielen und intransparenten Strukturen. Männlich dominierte Redeanteile und Karrierenetze sind Teil des Problems und sie bestehen fort, auch wenn Ämter paritätisch besetzt werden. Es ist kein Empowerment FINTAs* in Positionen zu wählen, nur um ihnen dann weiterhin kein Gehör zu schenken. Es ist kein Empowerment, wenn FINTAs* in Positionen immer wieder daran erinnert werden, dass sie ihr Amt ausschließlich aufgrund von Quoten, nicht aber ihrer Kompetenz haben. Das zeigt sich an der Spitze des Eisbergs: In den kommenden Landtagswahlen schickt jede Partei einen männlichen Spitzenkandidaten ins Rennen. Wenn es darum geht FINTAs* tatsächlich in Machtpositionen zu wählen, schneiden offensichtlich alle Parteien schlecht ab.

Das Kleid von Annalena Baerbock

Auch die mediale Öffentlichkeit wirkt als Machtfaktor mit. FINTA*-Politiker*innen werden häufig anders bewertet:

Während Männer als sachlich, kompetent oder führungsstark gelten, gelten FINTAs schnell als emotional, unsympathisch oder ungeeignet – oft unabhängig von ihrer tatsächlichen Leistung. Der Fokus wird in der Berichterstattung außerdem oft verschoben. FINTAs* stehen in der Politik unter besonderer Beobachtung. An FINTAs* werden höhere und geschlechtsspezifische Erwartungen gestellt, als an Männer. Erinnern wir uns an das Beispiel Saskia Esken zurück: Lars Klingbeil wurde nach der Wahlniederlage mit Parteiämtern überhäuft und Saskia Esken abgesägt. Dabei sind beide Parteivorsitzende und damit auch beide gleichermaßen für die Wahlniederlage verantwortlich. Natürlich muss man berechtigte Kritik von Sexismus zu trennen wissen. Aber dass die Konsequenzen aus der Wahlniederlage hier so unterschiedlich gezogen wurden, ist definitiv mehr Sexismus als nur berechtigte Kritik.

Ein weiteres Paradebeispiel: Annalena Baerbock. Als erste weibliche Außenministerin wurde Baerbock immer wieder Ziel medialer Anfeindungen. Nicht vordergründig aufgrund ihrer Politik, sondern vor allem, weil sie eben eine Frau ist. Nach ihrer Trennung las man in den Schlagzeilen immer wieder die Vorwürfe, sie sei eine schlechte Ehefrau und eine schlechte Mutter gewesen, weil sie ihre Karriere vermeintlich priorisiert hatte. Diese Behauptung ist nicht nur grenzüberschreitend, sie ist gefährlich und drängt FINTAs* in die Rolle als Hausfrau und Mutter zurück.

Diese Beispiele zeigen deutlich: FINTAs* werden überdurchschnittlich oft Ziel von digitalem Hass, sexistischer Hetze und Gewaltandrohungen. Der Preis für politische Sichtbarkeit ist für FINTAs* hoch – und nicht selten abschreckend.

Und jetzt?

Die strukturelle Unterrepräsentation von FINTA*-Personen in der Politik ist kein Zufall, sondern das Ergebnis tief verwurzelter Machtstrukturen, geschlechtsspezifischer Rollenzuschreibungen und institutioneller Hürden. Obwohl mit der Reform des Landtagswahlrechts in Baden-Württemberg ein erster Schritt hin zu mehr Repräsentation gegangen wurde, reicht es nicht aus, FINTAs nur formal auf Wahllisten zu setzen. Es braucht echte Teilhabe, sichere Räume und gerechte Bedingungen – von Sorgearbeit bis Sichtbarkeit. Paritätsgesetze können ein Werkzeug sein, sofern sie juristisch zulässig sind, um Ungleichheiten zu bekämpfen, lösen aber nicht die zugrunde liegenden Machtverhältnisse. Der Kampf um Gleichstellung ist nicht beendet, wenn FINTAs ins Parlament einziehen – er beginnt dort erst richtig. Repräsentation allein reicht nicht. Es geht um strukturelle Veränderungen.

DIE FOLGEN DER GRENZ- KONTROLLEN



EIN ARTIKEL VON
JANA KATHARINA SONNTAG
(KV SCHWARZWALD-BAAR)



Am 8. Mai dieses Jahres wurde von unserem neuen Innenminister Alexander Dobrindt (CSU), die Grenzkontrollen deutlich verschärft. Das heißt Asylsuchende werden an der Grenze zu Deutschland abgewiesen, diese Entscheidung wurde von vielen Seiten als sehr kritisch angesehen. Gerade von den Grenznahen Städten wie Konstanz und Kehl kam viel Kritik von den Oberbürgermeistern, bezüglich der Grenzkontrollen, dies führe durch die schärferen Kontrollen zu langen Rückstaus an den Grenzen und bei der Zusammen-

arbeit mit den Ländern Frankreich und Schweiz wird befürchtet, dass diese Grenzkontrollen zu Spannungen zwischen den Ländern führen.

Doch wie sieht das rechtlich auf europäischer Ebene aus?

Die kritischen Stimmen zu den Abweisungen der Asylsuchenden an den Grenzen, wurde von Anfang an als rechtswidrig angesehen, da wir aktuell keine Notlage haben

wie es am Anfang von der CDU/CSU ausgelegt worden ist dies wurde zwar wieder revidiert von der Union, dennoch hielten Sie an den Abweisungen der Asylsuchenden fest. Selbst nachdem ein Berliner Verwaltungsgericht in einem Eilentscheid festgestellt hat, dass Zurückweisungen von Asylsuchenden auf deutschem Boden rechtswidrig sind, will Innenminister Dobrindt (CSU) weiter Asylsuchende an den Grenzen abweisen.

Alexander Dobrindts Aussage dazu waren, „Das sei ein Einzelfallurteil“ und „Wir werden eine ausreichende Begründung liefern, aber darüber sollte der Europäische Gerichtshof entscheiden“. Dieses Verhalten der Union führt letztlich dazu das langjährige europäische Partner weiter Kritik üben und so Spannungen zwischen den Ländern entstehen, die evtl. auch irreparabel bleiben. Gerade mit den Nachbarländern, wie die Schweiz, Polen und Frankreich entstehen Spannungen, da diese die abgewiesenen Asylsuchenden nicht zurücknehmen möchten und auch Sie es als Alleingang von Deutschland sehen und auch als EU rechtswidrig, diese Länder haben auch schon mit Konsequenzen gedroht.

Welche Sicht hat die Polizei bzw. die Polizeigewerkschaft auf die verschärften Grenzkontrollen?

Kritische Stimmen kommen auch bezüglich der verschärften Grenzkontrollen von der Gewerkschaft der Polizei (GdP), diese sagt das sich solche Kontrollen nur wenige Wochen durchhalten lassen.

Weit über 1.000 Bereitschaftspolizisten seien seit Tagen an den Grenzen tätig, dies ging nur, weil Dienstpläne umgestellt wurden, die Fortbildungen zurzeit auf Eis gelegt wurden und aktuell keine Überstunden abgebaut werden können. Dies hat zur Folge das immer mehr Bundes- aber auch Landespolizistinnen von ihrem aktuellen Einsatzorten abgezogen werden um an den Grenzen tätig zu sein, durch die davor schon angespannte Personalsituation bei der Polizei in Baden-Württemberg und Deutschland, verschärft sich diese noch mehr. Da gerade für die kritischen Infrastrukturen schlicht weg weniger Personal zur Verfügung stehen und somit die Polizistinnen somit einer noch höheren Belastung ausgesetzt werden. Hier sehen wir wieder das Herr Alexander Dobrindt (CSU), eine mehr Belastung der polizeilichen Einsatzkräfte in Kauf nimmt, allein schon die Umstellung der Dienstpläne führt dazu, dass Polizistinnen an den Grenzen 12 Stunden Schichten arbeiten müssen, was auch die körperliche Belastung zusätzlich zu psychischen Belastung erhöht.

Wie sieht es bei den Grenznahen Ortschaften aus?

Gerade in den grenznahen Orten wie Kehl und Konstanz sind die Auswirkungen der verschärften Grenzkontrollen vermehrt zu spüren. Gut zu sehen ist es an dem Pendlerverkehr, hier entsteht eine höhere Belastung für die Pendler, Touristen und deren Familien. Hier entstehen täglich Rückstaus auf französischer Seite von bis zu 30 min., Autos werden herausgezogen, aber kaum jemand wird zurückgewiesen. Dasselbe passiert auch im Nahverkehr hier werden auch die Straßenbahnen von Straßburg nach Kehl kontrolliert, so dass es in der Europastadt Straßburg schon zu Störungen geführt hat. Der Kehler Oberbürgermeister Wolfram Britz hat sich in diesem Zuge auch für eine Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit gewünscht, gerade was Absprachen mit den betroffenen Menschen vor Ort anging, um die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten. Herr Britz hat auch eine Einladung an Friedrich Merz ausgesprochen um auch „in den Dialog zu gehen“. Den Herr Britz, „Fühlt sich auch in eine Zeit zurückversetzt, da es noch keine offenen Grenzen gab“, seit die verschärften Grenzkontrollen durchgeführt werden. Die Straßburger Amtskollegin Jeanne Barseghian kritisiert das Vorgehen ebenfalls scharf, da Sie sich auch diesbezüglich übergangen gefühlt hat. Sie sagt auch, dass wir immer versucht haben gemeinsame Projekte mit Kehl zu machen, wie die Straßenbahn, Brücken und gemeinsame Kindergärten, dies sehe Sie aber mit solch einen Vorgehen in Gefahr. Letztlich sehen wir das durch so ein Vorgehen wie es unser Innenminister Alexander Dobrindt gerade durchführt zu keiner Entspannung bei diesem Thema der Grenzkontrollen kommt. Die Union übergeht EU-Recht und legt einen Alleingang hin, der die Spannungen mit den Nachbarländern anheizt, in einer Zeit in der mehr Zusammenhalt zwischen den Europäischen Ländern brauchen.

Mit diesem Vorgehen zeigt die Union mal wieder ihr wahres Gesicht, den keiner spricht bei dem Thema der Asylsuchenden von Integration und Fachkräftemangel. Hier wird einfach nur versucht durch Punkte der AfD aufzunehmen um Wähler wieder zu gewinnen, was letztlich aber dazu führt, dass die Wähler das Original die AfD wählen.

KRITIK AN ISRAEL IST KEIN TABU - SONDERN PFLICHT



EIN ARTIKEL VON
JULIUS KELLER
(KV OSTALB)

Dieser Artikel entstand vor dem 13.6., dem Tag an dem Israel den Iran auf ganzer Breite angriff und den nachfolgenden Angriffen der USA am 22.6. auf das Atomprogramm, sowie aller iranischen Reaktionen und amerikanischen Gegenreaktionen. All das macht den Artikel nur noch treffender in seiner zentralen Nachricht.

Es hat lange gedauert, doch langsam scheint auch der Bundesregierung bewusst zu werden, dass Israels Vorgehen im Gazastreifen inakzeptabel ist. Die zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes bereits seit sechs Wochen andauernde totale Blockade bringt die Region an den Rand einer Hungersnot. Zwar war diese Bedrohung seit Kriegsbeginn stets präsent – durch die wiederholten Vertreibungswellen infolge des brutalen militärischen Vorgehens Israels wurde die Versorgungslage schon früh auf ein kritisches Niveau gedrückt. Doch in jüngster Zeit verschärfte sich die Situation dramatisch: Immer wieder wurden humanitäre Hilfslieferungen von israelischer Seite nicht nur erschwert oder verhindert, sondern teilweise auch von radikalen Siedler*innen geplündert, mit Duldung israelischer Sicherheitskräfte – offenbar mit dem Ziel, den Menschen in Gaza gezielt jede Linderung ihres Leids zu verwehren.

In Deutschland reden wir oft mit Unbehagen über den Nahostkonflikt. Kaum ein Thema scheint die Stimmung schneller zu trüben. Es ist unbequem, komplex, emotional aufgeladen und einfach eine sehr verfahrenere und verkopfte Situation. Doch für die Menschen in Palästina ist es keine Debatte am Küchentisch, sondern brutale Realität. Während wir uns eine Diskussion darüber „verkneifen“, sterben dort Menschen. Sie leben unter ständiger Bedrohung durch Bomben Israels, unter Hunger, ohne ausreichende medizinische Versorgung und den Repressalien der Hamas, welche keinen Widerstand gegen sich gelten lassen und niemanden neben sich sehen wollen. Die israelische Regierung begründet ihr Vorgehen mit Verteidigung gegen

die Hamas – einem legitimen Ziel. Doch was sich derzeit in Gaza abspielt, geht weit darüber hinaus. Dass wir Deutsche hier in besonderer Weise involviert sind, ist unbestritten. Unsere Geschichte – insbesondere die Shoah – verpflichtet uns zu einer einzigartigen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel. Aber diese Verantwortung darf nicht bedeuten, dass wir Menschenrechtsverletzungen ignorieren, sobald sie von Israel begangen werden. Wir haben geschworen nie wieder Auschwitz, nie wieder Vernichtung und Genozid, das darf nicht heißen: „Nie wieder – es sei denn, Israel ist der Täter.“ Wenn wir Einfluss auf einen möglichen Völkermord haben, müssen wir ihn nutzen – immer, überall, ohne Ausnahme.

Daher muss Kritik an der israelischen Regierung möglich sein – auch von deutscher Seite. Israel ist ein demokratischer Staat, Teil des Westens, Teil einer Wertegemeinschaft. Und eben deshalb ist es geboten, dass wir Missstände und Verstöße benennen – nicht um Israels Existenz zu delegitimieren, sondern um sie langfristig zu sichern. Wer Israel schützen will, muss die Regierung Netanjahu zur Umkehr bewegen, sei es in Gaza, der Siedlungspolitik oder bei den antidemokratischen Maßnahmen, die vor dem 7. Oktober hunderttausende auf die Straßen Tel Avivs brachten. Wer dies nicht tut, lässt zu, dass die zu Teilen aus rechtsextremen Parteien bestehende Regierung Israels das Land aus eben dieser Wertegemeinschaft und Demokratie herausführt und in eine Diktatur fanatischer Zionist*innen verwandelt.

Und den Versuch sehen wir aktuell bereits, denn was derzeit geschieht, lässt sich kaum noch als Selbstverteidigung rechtfertigen. Während die Operationen gegen die Hamas offiziell weiterlaufen, werden im Schatten der Front Fakten geschaffen: Die Siedlungspolitik im Westjordanland wird ausgeweitet, immer mehr Land enteignet, Palästinenser*innen werden entrechtet, ausgehungert, ermordet. Der israelische Verteidigungsdiskurs verschleiert



dabei zunehmend koloniale Motive. Am 4. Mai 2025 beschloss das israelische Sicherheitskabinett einstimmig die erneute Besetzung des Gazastreifens – ein Schritt, der de facto einer Annexion gleichkommt. Dass dieser Schritt international folgenlos bleibt, ist ein fatales Signal. Denn die imperialen Ambitionen von Russland oder China wurden und werden im Westen klar verurteilt, bei Israel sieht die Sache etwas anders aus, trotz des Vorgehens ohne Rücksicht auf zivile Verluste.

Natürlich: Die Anschläge vom 7. Oktober 2023 waren ein Schock, ein Massaker, ein Trauma – der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust. Eine entschlossene Antwort Israels war erwartbar, ja nachvollziehbar. Doch was seither geschieht, ist kein chirurgischer Eingriff gegen die Hamas, wie vom Sicherheitskabinett und der Armee immer betont wird, sondern eine Zerstörung des gesamten Gazastreifens. Es ist, als würde ein*e Ärzt*in beim Versuch, Krebs zu entfernen, so viele gesunde Zellen mitvernichten, dass der*die Patient*in stirbt. Niemand würde eine solche Operation einen Erfolg nennen – zugegeben, der Krebs ist tot, der*die Patient*in aber auch.

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina ist alt. Zu alt, als dass sich seine Wurzeln noch einfach trennen ließen. Die Zwei-Staaten-Lösung, einst Hoffnungsträger*in einer ganzen Generation, erscheint heute wie ein Relikt – realpolitisch tot, unmöglich in der Umsetzung. Israels Siedlungspolitik hat eine lebensfähige palästinensische Staatlichkeit systematisch untergraben. Eine Rückkehr zur alten Vision würde entweder eine massive Verkleinerung Palästinas bedeuten – für die Palästinenser*innen inakzeptabel – oder eine große Zahl an Siedler*innen vertreiben und Siedlungen vernichten, was für Israel undenkbar wäre. Und auch wenn diese Siedlungen völkerrechtlich als illegal gelten: Eine neue Massenvertreibung wird keine Gerechtigkeit schaffen.

Wie also weiterverfahren? Was ist die Lösung, wenn es keine wirkliche Lösung gibt? Der Schlüssel liegt nicht in Grenzen, nicht in Staatsmodellen, sondern im Willen zur Aussöhnung. Solange Israel mit Gewalt auf Gewalt reagiert, solange Palästina in Isolation und Armut gehalten wird, solange wird sich nichts ändern außer der Zahl der Toten.

Die Gewalt stärkt die Hamas und schwächt sie nicht. Wer Gaza zerstört, zerstört nicht die Ideologie des Widerstands – er gießt Öl ins Feuer. Denn laut Berichten der US-Geheimdienste hat die Hamas, Stand Februar 2025, quasi alle Verluste seit Kriegsbeginn wieder wettgemacht – 20.000 neue Kämpfer, die die ca. 20.000 Toten wieder ausgleichen.

Und das lässt sich auch verstehen – nicht befürworten, aber verstehen. Denn hat man, als Beispiel, die gesamte Familie bei einem israelischen Bombardement verloren, hat man selbst nichts mehr zu verlieren – außer das eigene Leben. Und das ist man dann auch bereit, für seine Rache an Israel zu opfern.

Sprich: Israel hat seit Beginn des Krieges quasi nichts erreicht – außer ca. 116.000 Zivilist*innen getötet, durch Hunger, Bomben und die zusammengebrochene Versorgung, schätzen „The Lancet“ und das „Costs of War Project“ der Brown University – und einen großen Teil der Bevölkerung in Gaza in die Arme der Hamas getrieben und so ihre Auslöschung quasi unmöglich gemacht.

Deshalb liegt es in der Verantwortung Israels, diese Spirale zu durchbrechen. Israel kann sich schützen, hat Abwehrsysteme, Sicherheitszonen, internationale Rücken-deckung. Und es hat eine Wahl. Die Palästinenser*innen nicht. Israels Zukunft wird nicht durch Raketen, sondern durch kluge Diplomatie gesichert. Es braucht eine Politik, die auf Dialog, nicht auf Dämonisierung setzt. Eine Politik, die sich nicht am kurzfristigen Applaus, sondern am langfristigen Frieden orientiert.

Wenn es Israel ernst meint mit seiner eigenen Sicherheit, muss es aufhören, Palästina als ewigen Feind zu betrachten. Denn kein Zaun, kein Iron Dome, keine Mauer wird ewig halten, wenn auf der anderen Seite Hunger, Hass und Hoffnungslosigkeit herrschen. Zum Wohle Israels muss es diesen Krieg beenden und Frieden suchen. Ja, dieser wird nicht über Nacht entstehen, und ja, der Hass wird auf beiden Seiten noch lange bestehen – aber dieser Prozess der langsamen Annäherung und Aussöhnung muss begonnen werden. Denn vielleicht könnte in zwei bis drei Generationen Israel friedlich mit seinen Nachbar*innen koexistieren und vielleicht auch kooperieren. Schafft man es, dass die nächsten Generationen in Frieden aufwachsen, werden sie den Hass zwischen ihnen überhaupt nicht mehr verstehen. Der Friede wird Einzug halten, und junge Menschen werden endlich nicht mehr für die Ideen alter Menschen verheizt.

Frieden ist kein Geschenk – er ist die einzige Option, die bleibt, um das Überleben beider Seiten zu retten.

SOLLTE DIE EU EINE EIGENE STREITKRAFT AUFBAUEN?



EIN ARTIKEL VON
PHILIPP
ASPELMEIER
(KV ULM)

Um manche weltpolitischen Entwicklungen mitzubekommen, muss man nicht aktiv Nachrichten schauen. Man erfährt von ihnen durch Gespräche mit Freunden und Arbeitskollegen, durch einen Blick auf das Titelblatt der Bild, das man beim Kiosk oder Bäcker sieht, oder man hört davon im Radio während der Autofahrt. Eines dieser laufenden Ereignisse, das mittlerweile jeder mitbekommen hat, ist die zunehmende Radikalisierung der US-Politik und der damit einhergehende Wandel der Werte, die Politiker der Vereinigten Staaten vertreten und verteidigen wollen. Dies hat zur Folge, dass neue Prioritäten gesetzt und altbewährte Bündnisse und Partner neu bewertet werden.

Der drastische Wertewandel ist ein Hauptgrund, weshalb die USA und die Staaten des europäischen Kontinents eine zunehmende Entfremdung erfahren. Dabei bildeten gerade diese gemeinsamen Werte früher die Grundlage für sehr gute und freundschaftliche Beziehungen. Manche Länder wie China wurden mit der Zeit zwar wirtschaftlich wichtiger als die USA für viele Staaten, jedoch galt das Land der unbegrenzten Freiheit weiterhin als wichtigster Partner und Verbündeter – sowohl in der Bevölkerung als auch bei den regierenden Politikern. Dies lag nicht nur an der unbestreitbaren Stärke der USA in wichtigen Bereichen wie dem militärischen oder technologischen, sondern auch an den geteilten Werten (was man mit China nicht gemeinsam hatte). Das hat sich geändert.

Es herrschen (noch) vorwiegend links-liberale Werte in Europa, und auf der anderen Seite rechts-autoritäre in den USA. Das ist in unsicheren und gefährlichen Zeiten – mit einem imperial agierenden Russland, das einen Angriffskrieg in der Ukraine führt – schlichtweg sehr schlecht für die europäischen Staaten. Donald Trump lässt durch diverse Aussagen zunehmend Zweifel daran aufkommen, ob man im Falle eines Angriffs auf NATO-Staaten

wie Litauen noch gewillt wäre, einzuschreiten und die Souveränität der Partner zu schützen. Selbst ein Austritt aus der NATO scheint im Bereich des Möglichen. Mäßigend wirkende Berater und andere wichtige politische Akteure – die ihn in seiner ersten Amtszeit an solchen Entscheidungen hinderten – existieren nahezu nicht mehr. Sie wurden durch teils ungeeignete Loyalisten ersetzt (etwa eine ehemalige WWE-Moderatorin als Bildungsministerin oder die Signal-Affäre von Pete Hegseth).

Der Krieg in der Ukraine, hybride Kriegsführung gegen mehrere europäische Staaten in Form von Desinformationskampagnen und Sabotage – all das ist für Trump und seine Mitstreiter ein europäisches Problem. Den verteidigungs- und außenpolitischen Fokus der USA will er stärker als seine Vorgänger verschieben: weg von Europa, hin zu Asien, wo seiner Meinung nach die größere Herausforderung liegt: ein erstarkendes, zunehmend selbstbewusst und aggressiv agierendes China.

Dies ist tatsächlich keine neue Entwicklung. Schon unter Obama wurde beschlossen, die militärischen Kapazitäten zu



verlagern, und die Verbündeten wurden darüber informiert. Passiert ist seitdem jedoch ziemlich wenig von europäischer Seite, denn die Regierenden haben sich trotz alledem darauf verlassen, vom starken Verbündeten im Westen beschützt zu werden. Von diversen Politikern und Experten gab es immer wieder Forderungen nach mehr Unabhängigkeit und mehr europäischer Integration, um in Zukunft alleine bestehen zu können. Dabei ist es aber meistens geblieben, selbst nach Trumps erster Amtszeit.

Die zweite Amtszeit hat nun deutlich mehr Nervosität und Tatendrang in die europäische Politik gebracht. Es hat den Anschein, als würde sich etwas bewegen und als würde man neue Wege ausloten. Dies geschieht zwar langsam, aber dennoch schneller als in den vergangenen Jahren. Auch in der Bevölkerung hat ein Sinneswandel stattgefunden. Die Mehrheit ist dafür, aufzurüsten und die Wehrpflicht in neuer Form einzuführen. Es sollen außerdem gerne neue Schulden aufgenommen werden. Vor dem Amtsantritt von Merz wurde von der ausscheidenden Ampelkoalition die Möglichkeit eingeräumt, dies zu tun – unter anderem, um die Bundeswehr aufzurüsten.

Doch das ist nicht die einzige Möglichkeit, sich im Bereich der Verteidigung unabhängiger von den USA zu machen und deren Verlust als vertrauenswürdigen Partner zu kompensieren. Eine Forderung, die man in den letzten Monaten immer wieder vernommen hat – unter anderem von Politikern wie Wolodymyr Selenskyj –, ist, dass die EU eine eigene Streitkraft aufbauen sollte. Dies ist keineswegs eine neue Idee, aber in der Vergangenheit scheiterte sie am politischen Willen und an der Motivation, sie umzusetzen. Zwei Dinge, die sich in letzter Zeit massiv geändert haben. Es bleibt jedoch die Frage, ob ein so großes Unterfangen umsetzbar ist und wie eine gemeinsame Streitkraft aussehen könnte.

Die erste Möglichkeit, die am naheliegendsten erscheint, wäre, wenn man alle nationalen Armeen der EU-Mitgliedsstaaten oder der willigen Partner auflöst, um sie in einer großen zu fusionieren. Auch wenn dieses Szenario für einige ansprechend sein mag, ist es momentan sehr unwahrscheinlich, dass es umgesetzt wird. Die meisten Länder würden keinen so fundamentalen Teil ihrer nationalen Souveränität aufgeben und ihn an die EU oder eine neu geschaffene Institution delegieren. Frankreich würde seine nuklearen Sprengköpfe nicht abgeben oder teilen. Wahrscheinlich würden auch die baltischen Staaten – gerade mit Blick auf Russland, das ihr Existenzrecht zunehmend abstreitet – ihre Streitkräfte nicht auflösen. Das Vertrauen ist momentan schlichtweg nicht groß genug, um

einen so vitalen Teil wegzudelegieren. Selbst wenn es vorhanden wäre, wären enorme rechtliche Reformen nötig, um eine solche Armee aufzubauen und alle einhergehenden Strukturen zu schaffen, damit sie ihren Anforderungen gerecht wird.

Eine andere, deutlich umsetzbarere Möglichkeit wäre die einer Armee, die ergänzend zu den nationalen Streitkräften existiert. Es wäre weiterhin eine Mammutaufgabe, jedoch deutlich leichter in der Umsetzung als eine vollständige Fusion aller Armeen. Ein solches Szenario wurde vom CSIS vorgestellt. In diesem wird dargelegt, dass die EU eine ungefähr 100.000 Mann starke Streitkraft aufbauen könnte – parallel zu den bestehenden Strukturen. Diese könnte als Ergänzung dienen, während das Rückgrat der europäischen Verteidigung weiterhin die nationalen Armeen wären. Die größte Herausforderung wäre auch hier, festzulegen, wer das Oberkommando über eine solche Armee hätte. Eine Möglichkeit wäre, dieses dem Europäischen Rat zu übertragen, der aus den Staatsoberhäuptern der einzelnen Länder besteht. Dafür wäre keine Reform nötig. Andere Fragen, wie die der einheitlichen Sprache oder Ausbildung, wären vergleichsweise einfach zu lösen. Man könnte Englisch als Sprache verwenden und die Grundausbildung beispielsweise von der französischen Armee übernehmen.

Es bleibt jedoch weiterhin die Frage, ob ein solches Unterfangen realistisch ist und ob alle Länder mitmachen würden. Das ist unwahrscheinlich, da Staaten wie Ungarn, die eine EU-kritische Regierung haben, gegen eine stärkere Integration sind. Eine deutlich wahrscheinlichere Möglichkeit wäre, dass Mitgliedsstaaten, die willens sind, eine gemeinsame Streitkraft aufzubauen, zusammenarbeiten – so wie beim Euro oder dem Schengen-Raum. So würde vermieden, dass unwillige Staaten den Prozess ausbremsen, und die teilnehmenden Staaten könnten geschlossen hinter dieser Streitkraft stehen.

Ob eine solche Streitkraft eingeführt wird, ist zumindest in naher Zukunft fraglich. Es gibt viel Widerstand, und die Hürden, die man meistern muss, sind hoch – egal, für welche Form man sich entscheidet. Es bleibt jedoch außer Frage, dass die EU sich angesichts der neuen, unsicheren Weltordnung nicht mehr auf das verlassen kann, was lange Zeit funktioniert hat. Sie muss neue Wege gehen und mehr Selbstvertrauen entwickeln. Friedrich Merz und die „KleiKo“ zeigen mit Forderungen wie der, dass die Bundeswehr die stärkste konventionelle Armee Europas werden soll, den Willen, dies zu ändern. Spannend bleibt, ob das wirklich passieren wird.

WILLKOMMEN AUF DER OSCHDALB!



**EIN ARTIKEL VON
CARINA KREZ
(KV OSTALB)**

Mit diesem Artikel wollen wir euch ganz herzlich auf der LDKAA in Aalen und auf der Oschdalb begrüßen und ja, das doppelte A ist bei uns Programm.

Der Ostalbkreis ist mit über 1.500 km² und rund 317.000 Menschen der drittgrößte Landkreis in Baden-Württemberg. Die Region ist ländlich geprägt, aber wir haben dennoch viel zu bieten: Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen sind belebte Städte mit Geschichte und Kultur. Die Industrie – etwa Maschinenbau, Automobil-Zulieferer und Hightech-Werkstoffe sind bis heute das wirtschaftliche Rückgrat unserer Region.

Für uns Jusos bedeutet das weite Wege, aber starke Zusammenarbeit. Mit den drei aktiven AGs in Aalen, Gmünd und Ellwangen sind wir im ganzen Kreis präsent und sprechen die Themen an, die uns junge Menschen bewegen.

Geschichte, die verpflichtet

Für Touristen, die uns hier besuchen, ist vermutlich nicht nur die schöne Landschaft, sondern auch der Limes ein Anziehungspunkt. Zu Zeiten der Römer spaltete er den Ostalbkreis und so kann man in Aalen nun im Limesmuseum die Geschichte der Römer und im Allemannmuseum in Ellwangen die Geschichte der Allemannen erkunden. Doch nicht alle historischen Spuren sind so sichtbar oder bequem.

Gerade in Zeiten des Rechtsrucks ist es wichtig, sich mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die Ostalb war im Dritten Reich tief in das System der Ausgrenzung, Ausbeutung und Vernichtung eingebunden. In Aalen-Wasseralfingen bestand ab 1944 ein Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof. Über 400 Häftlinge, besonders aus Polen, wurden dort zur Zwangsarbeit im Stollen „Wiesendorf“ gezwungen, um

kriegswichtige Teile für die Rüstungsindustrie zu fertigen. Mindestens 200 wurden dort ermordet. Damals arbeiteten sie für eben diese Industrie, die noch heute große Teile unseres Kreises prägt.

Auch an anderen Orten im Kreis hinterließ das NS-Regime tiefe Spuren. In Hessental bei Schwäbisch Hall befand sich eines der größten KZ-Außenlager Süddeutschlands. Tausende Häftlinge wurden dort gefangen gehalten, misshandelt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Im April 1945 trieb die SS über 1.000 Menschen auf Todesmärsche durch die Region. Viele von ihnen starben, auch auf dem Gebiet des heutigen Ostalbkreises.

Auch in Ellwangen erinnern Stolpersteine an jüdische Familien, politische Gegner, Menschen mit Behinderung oder queere Personen, die entrechtet, vertrieben oder ermordet wurden. Besonders erschütternd ist das Schicksal vieler Bewohner*innen des „Rabenhofs“, einer Pflegeeinrichtung, die es bis heute gibt. Im Rahmen der sogenannten „Aktion T4“ wurden sie deportiert und im Namen der menschenfeindlichen Ideologie ermordet, nur weil sie nicht in das NS-Bild von „Wert“ und „Leistung“ passten.

Alle diese Verbrechen wurden lange verschwiegen, denn sie sind nicht mit Faszination zu bestaunen, so wie die Geschichte der Römer. Oftmals begann die Aufarbeitung auch hier in der Gegend erst in den 1980er Jahren. Heute erinnern Stolpersteine, Stelen, Informationstafeln und lokale Bildungsinitiativen an das Leid der Menschen. Das ist vermutlich den vielen engagierten Bürger*innen, Schulen, Initiativen und Parteien zu verdanken.

Erinnern heißt für uns handeln

Auch wir Jusos tragen aktiv dazu bei, dass die Erinnerung



nicht verblasst. Die Jusos Ellwangen engagieren sich in der Stolperstein-Initiative vor Ort. In Ellwangen erinnern Stolpersteine unter anderem an die Familie Levi. Die aktuelle Idee, zu jedem Geburtstag eines NS-Opfers Gedenken wir an Ort und Stelle. Es wird eine weiße Rose niedergelegt, eine Kerze entzündet und mit einer Rede an das Leben des Opfers erinnert. Auch bei der Recherche wird die Stolpersteininitiative unterstützt, mit dem Ziel, weitere Steine zu verlegen, um das Vergessen nicht eintreten zu lassen. Gedenken muss nämlich konkret und politisch sein.

Denn Erinnern ist kein Selbstzweck. Der Blick in die USA zeigt, wie schnell Frauenrechte, queere Freiheiten oder Minderheitenschutz ins Wanken geraten können. Aus der Geschichte müssten wir eigentlich gelernt haben, wie zerbrechlich Demokratie und Freiheit sind, auch deswegen müssen wir unermüdlich daran erinnern. Auch in Deutschland ist der Rechtsruck unverkennbar. Die AfD relativiert die NS-Zeit, hetzt gegen Migrant*innen oder betreiben gezielte Desinformation. Auch lokal ist diese Atmosphäre stark spürbar, ob an den Haustüren beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf oder wenn es darum geht, weitere Stolpersteine zu verlegen. Auf dem Land, wo rechte Netzwerke oft gut organisiert sind, braucht es uns als klare Gegenstimmen. Immer wieder werden wir daran erinnert, wie schnell sich diese Veränderung in der Welt auch auf unser Engagement auswirken kann, denn es ist ermüdend. Aber auch deshalb sind wir überzeugt, die Vergangenheit zu vergessen wird unsere Zukunft gefährden. Wir dürfen Hass und Hetze keinen Platz in unserer Gesellschaft lassen und sollten nicht aufgeben nach ungemütlichen Gesprächen mit Mitmenschen. Denn diese Gespräche, ob über Zukunft oder Vergangenheit, können Weltbewegend sein. Wir müssen darüber sprechen, welche positiven Visionen wir für diese Welt haben und aufhören, Rechten das Ausmalen dieser zu überlassen.

Gerade deshalb bedeutet Erinnern für uns auch Widerspruch. Es reicht nicht, sich nur zu erinnern, wir müssen auch handeln. Gegen Menschenfeindlichkeit. Gegen

Demokratieverachtung. Gegen das Verschweigen und Verharmlosen. Geschichte darf niemals relativiert werden, nicht an Stammtischen, nicht in Parlamenten, nicht auf TikTok.

Die Angriffe auf Grundrechte, die wir derzeit erleben, kommen nicht aus dem Nichts. Sie bauen auf dem auf, was zu oft verdrängt oder verharmlost wurde. Doch wir haben die Verantwortung, dem entschieden entgegenzutreten, mit Haltung, mit Wissen, mit Engagement. Denn Erinnerung allein schützt nicht, aber durch sie wissen wir, für was wir uns weiterhin einsetzen und wohin die Reise gehen soll.

Wir alle tun das vermutlich bereits bei den Jusos vor Ort, auf Landes- oder Bundesebene, bei anderen Organisationen oder im privaten. Das heißt wir bleiben dran und geben unseren Blick für die Welt und die Vision nicht auf.

Gemeinsam auf der Oschdalb

Die Ostalb bietet mehr als nur schöne Landschaften, sie ist ein Ort gelebter Geschichte, engagierter Menschen und klarer Kante gegen rechts. Zwischen Limes, lebendiger Erinnerungskultur und unserem Engagement zeigt sich hier, dass Demokratie nicht nur ein Wort, sondern Praxis ist. Deshalb freuen wir uns sehr, euch zur Landes-delegierten-konferenz in Aalen begrüßen zu dürfen – einer Stadt, die mit unserem sozialdemokratischen Bürgermeister Frederick Brütting nicht nur politisch Haltung zeigt, sondern auch ein offenes Zuhause für Vielfalt und Engagement bietet.

Wir hoffen, ihr habt eine gute Zeit hier und nutzt die Gelegenheit, die Stadt auch abseits der Tagesordnung zu entdecken. Aalen hat mehr zu bieten, als man auf den ersten Blick denkt, von Geschichte über Kultur bis hin zu einem kleinen, aber feinen Nachtleben. Wenn ihr abends noch Lust auf Austausch bei einem Getränk habt, ist die Helfergasse definitiv eine gute Adresse, gespickt mit einigen sehr guten Bars, die nur darauf warten, von euch entdeckt zu werden.

Wir freuen uns auf den Austausch, das gemeinsame Diskutieren, Feiern und Planen. Und besonders auf ein Arbeitsjahr, das wir mit Rückenwind von der Oschdalb gemeinsam gestalten wollen. Denn politische Leidenschaft braucht Räume und wir hoffen, dass Aalen genau so ein Raum für euch ist.

Willkommen auf der schönsten Alb.

Willkommen auf der LDKAA!

EIN BESUCH IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



**EIN ARTIKEL VON
JANNIK KESSLER
(KV ESSLINGEN)**

Auf Einladung von Vivien Costanzo und René Repasi besuchte der Juso- Landesvorstand gemeinsam mit dem Kontra am 01.04.2025 das Europäische Parlament in Straßburg. Der Besuch bot uns die Möglichkeit, spannende Erfahrungen in der politischen Arbeit auf europäischer Ebene zu erleben. Für den gesamten Tag wurden wir von den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Vivien Costanzo und René Repasi durch das Europäische Parlament geführt.

Begonnen hat diese Führung mit einem Besuch des Parlamentariums. Hier hatten wir die Möglichkeit, uns genauer mit den Machtverhältnissen im Parlament zu beschäftigen. Ebenso konnten wir interessante Informationen über die wichtigsten Standorte in der Europäischen Union erfahren. Anschließend bot sich die Gelegenheit, auf der Besuchertribüne eine Debatte zur EU Preparedness Union Strategy anzuhören. Diese Strategie ist für die Zukunft der Europäischen Union besonders relevant, da dieses Strategiepapier die Herausforderungen thematisiert, vor der die EU in Zeiten einer zunehmend instabilen Weltordnung steht. Die Preparedness Union Strategy zielt darauf ab, die Bewältigungsmöglichkeiten der Europäischen Union, sich auf Naturkatastrophen, Pandemien, geopolitische Krisen oder Ähnlichem zu verbessern. Wir bekamen interessante Einblicke in die Lösungsansätze der Fraktionen, auch wenn der Saal bei diesem Thema ziemlich leer war.

Nach der Debatte hatten wir die Möglichkeit, uns mit Vivien auszutauschen, die uns nicht nur von ihrer Arbeit als junge Abgeordnete berichtete, sondern auch ihre persönlichen Erfahrungen und Herausforderungen im politischen Alltag teilte. Des Weiteren erfuhren wir einiges über die Lobbyismus-Problematik im Europäischen Parlament und der damit einhergehenden Korruption. Außerdem sprach sie darüber, wieso es für sie wichtig ist, ein Wahlkreisbüro zu haben, und welche strengen Auflagen

das Parlament hierbei auflagt.

Im Anschluss an das Gespräch mit Vivien hatten wir die Möglichkeit, uns ebenfalls mit René zu unterhalten. In einem spannenden Gespräch teilte René uns seine Eindrücke zur vergangenen Bundestagswahl mit. Er betonte, welche Auswirkungen diese Wahl auf die politische Landschaft in Deutschland und in der Europäischen Union hat. Ebenfalls sprach er über seine Erfahrungen als Mitglied in der Arbeitsgruppe Europa zu Zeiten der Koalitions-verhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD. Ein weiteres zentrales Thema, das René ansprach, war der Umgang mit den rechten Kräften im Europäischen Parlament. Er erläuterte, wie rechte Parteien und ihre Taktiken zunehmend dazu führen, dass Anträge und Gesetzesvorschläge schneller behandelt werden müssen. Hierdurch gibt es keine Möglichkeiten mehr, Anträge und Gesetzesvorschläge im Parlament ausführlich zu debattieren, geschweige denn etwas an diesen Vorschlägen zu verändern.

Des Weiteren gab René uns einen tiefen, inhaltlichen Einblick in das Lieferkettengesetz und welche Änderungen das Parlament zu dieser Zeit besprach. Den inhaltlichen Abschluss unseres Programms bildete der Besuch einer Fraktionssitzung der Sozialisten und Demokraten (S&D) Fraktion. Dieser Besuch bot uns die einmalige Gelegenheit, hautnah mitzuerleben, wie die Fraktionsarbeit im Europäischen Parlament aussieht und welche Themen die Fraktion zurzeit beschäftigt.

Der Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg war eine sehr beeindruckende Erfahrung. Die Eindrücke der Fraktionsarbeit sowie die spannenden Gespräche mit René und Vivien boten uns allen eine vermutlich einmalige Chance, einen besseren Einblick in die Politik der Europäischen Union zu erlangen. Abschließend möchten wir uns bei Vivien und René für die Einladung in das Europäische Parlament bedanken und wir hoffen, dass eure Arbeit weiterhin erfolgreich verläuft.

TIEF IM WESTEN GEHT ES UM ALLES



**EIN ARTIKEL VON
NINA GAEDIKE
(JUSOS NRW)**

Immer wieder und überall wird über den sogenannten Rechtsruck gesprochen. Immer wieder und überall neue Rekordergebnisse für die rechtsextreme AfD. Und wir Jusos? Gehen auf die Straße und machen Terz in der eigenen Partei. Aber da muss doch mehr gehen? Es geht um nicht weniger als Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Dass beides bereits eingeschränkt wird, liegt auf der Hand – nur scheinen so manche ihre Augen davor verschließen zu wollen, wenn es eben „nur“ um Asylbewerber*innen und migrantisierte Menschen geht.

Das zentrale Thema gesellschaftlicher Ungleichheit wird dadurch effektiv von den Rechtsextremen und Ewiggestrigen an die Seitenlinie verbannt. Denn wenn alle rassistische und klassistische Parolen schwingen, wird eben weniger bis nicht mehr darüber gesprochen, was eigentlich tatsächlich die sozialen Fragen unserer Zeit sind.

In NRW spüren wir das. Die meisten Kommunen ertrinken schon lange in einem Berg aus Schulden. Die Folge: In ganzen Flächengebieten in NRW bricht die kommunale Daseinsvorsorge zusammen. Schulen bröckeln auseinander, Brücken müssen saniert werden, aber mit welchem Geld? Das Schwimmbad um schwimmen zu lernen? Leider geschlossen. Der Bus? Kommt nicht. Und das Jugendzentrum? Lebt nur noch in Erzählungen weiter, denn die Kommune kann es schon lange nicht mehr zahlen. Die Lebenshaltungskosten explodieren und der Industriestandort NRW kränkelt. Und das ist nicht nur für NRW verheerend. In NRW wird über 20% des deutschen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet – wenn im Ruhrgebiet etwa bei Thyssen Steel die Stahlsparte eingespart werden soll, hängen daran nicht nur zehntausende Arbeitsplätze bei uns – sondern mehrere zehntausend weitere in ganz Deutschland.

Schon jetzt ist in NRW jede*r fünfte akut von Armut bedroht. Das Ruhrgebiet – die Metropolregion die für NRW und ganz Deutschland über Jahrzehnte Wohlstand erwirtschaftete - ist die Region Deutschlands, wo am meisten Armutsgefährdung herrscht, mit Ausnahme vom Bundesland Bremen. Ihr denkt euch jetzt: „Hä? NRW hat doch viel Kohle, da ist die Welt noch in Ordnung?“. Falsch gedacht. In NRW, dem Einwohner*innenstärksten Bundesland wird schon lange aus dem letzten Loch gepfiffen und die Rechtsextremen verschleiern mit ihrem Hass diese strukturellen Fragen von Armut und fehlender Daseinsvorsorge. Und das Ergebnis? Sieht man bei Wahlen. Wer die Wahlergebnisse der AfD in NRW anschaut, sieht schnell: Es geht steil bergauf. Und genau das wollen wir für die Kommunalwahl aufhalten – denn bei uns hier tief im Westen geht es um alles!

Am 14. September ist Kommunalwahl in NRW – eine Wahl die vielleicht wenige außerhalb unseres Bundeslandes auf dem Schirm haben, die aber relevante Auswirkungen auf ganz Deutschland haben wird.

Bei unseren Kommunalwahlen rennen wir als Jusos für Freiheit und Demokratie – und wir benötigen dabei jede Hilfe, die wir bekommen können. Der 14. September wird nicht nur über das Ergebnis der Sozialdemokratie entscheiden, sondern auch inwiefern demokratische Mehrheiten in NRW auf kommunaler Ebene verteidigt werden können. Deshalb packt eure Genoss*innen und eure sieben Sachen und unterstützt uns! In ganz NRW geben wir nicht auf – sondern wollen rennen, damit die Rechten nicht gewinnen sondern die Sozialdemokratie stark steht! Seid mit dabei!

IST DIE SPD NOCH ZUKUNFTS-FÄHIG?



**EIN ARTIKEL VON
MARIUS KIPFMÜLLER
(KV LÖRRACH)**

In unserer Mutterpartei, der SPD, muss sich einiges – wenn nicht sogar alles – grundlegend ändern. Wir sind die mit Abstand älteste Partei Deutschlands, und ja: Darauf dürfen wir auch stolz sein. Es gab einmal Zeiten, da hatten wir über eine Million Mitglieder. Diese Zeiten liegen jedoch weit hinter uns. Heute, nüchtern betrachtet, stehen wir bei etwas über 350.000. Damals, zur Hochphase der Mitgliedschaft, wurden überall Ortsvereine gegründet. Heute haben wir nicht nur mehr als 600.000 Mitglieder verloren – das Durchschnittsalter unserer Genoss*innen liegt mittlerweile bei rund 64 Jahren. Ein weiteres Problem: Viele Ortsvereine existieren nur noch auf dem Papier oder hängen an ein, zwei Personen, die die ganze Arbeit stemmen – ohne echte Unterstützung, ohne Nachwuchs, ohne Motivation. Und machen wir uns nichts vor: Diese Arbeit ist längst nicht mehr attraktiv.

Ich selbst bin seit nun fast fünf Jahren Ortsvereinsvorsitzender. Ein Ortsverein soll das Herz der SPD vor Ort sein – dort, wo politische Arbeit konkret beginnt. Laut Bundessatzung muss jedes Mitglied einem Ortsverein zugeordnet sein. Klingt erstmal sinnvoll, führt aber immer öfter ins Leere, weil die Strukturen veraltet sind und kaum noch tragen. Wenn wir ehrlich zu uns selbst sind, müssen wir uns fragen: Wie kann politische Arbeit vor Ort wieder sinnvoll, motivierend und tragfähig gestaltet werden? Wie machen wir Engagement wieder attraktiv? Denn es wird zunehmend schwieriger, Menschen zu finden, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, Ämter zu bekleiden, Kandidat*innen aufzustellen oder sich überhaupt aktiv einzubringen.

Ganz zu schweigen vom Wahlkampf: Wollen wir wirklich einem 70-Jährigen, der zwei Krebsdiagnosen hinter sich hat, bei Regen und Kälte Plakate in die Hand drücken? Das ist nicht nur unrealistisch, das ist schlichtweg unverantwortlich. Und was passiert? Die Plakatierung bleibt an einer Person hängen.

In meinem Kreisverband höre ich von der Ü60-Generation dann oft den Vorschlag: „Die Jungen sollen einfach Ortsvereinsvorsitzende werden.“ Ganz ehrlich: Habt ihr eigentlich noch alle Latten am Zaun? Ich war 19, als ich Vorsitzender wurde – und durfte mich sofort in der Lokalzeitung zur Kommunalpolitik der letzten fünf Jahre äußern. Und bei Veranstaltungen unserer Partei? Da fühle ich mich oft wie auf einem Senior*innentreff. Versteht mich nicht falsch – ich habe großen Respekt vor den Älteren. Aber wir kennen sie doch alle: Bernd (72), der uns mit leuchtenden Augen von den „goldenen Zeiten“ vor 35 Jahren im Ortsverein erzählt.

Doch was muss sich konkret ändern? Aus meiner Erfahrung heraus funktioniert es am besten, wenn man ein Projekt findet, das auch Menschen außerhalb der Partei begeistert. Daraus entstehen neue Kontakte – und möglicherweise neue Mitglieder. Diese langfristig zu halten oder gar direkt für ein Amt zu gewinnen, ist allerdings schwierig. Denn ein Amt heißt: Verpflichtung, in der Regel auf zwei Jahre. Und wer kennt das nicht? Job, Familie, andere Ehrenämter – der Terminkalender ist voll.

Die Lösung liegt eigentlich auf der Hand: Wir brauchen niederschwellige Strukturen in unserer Partei. Strukturen, die Beteiligung ermöglichen, ohne sofortige Verpflichtung. Strukturen, die Lust auf Mitmachen machen – und nicht abschrecken.

Wir müssen endlich den Mut haben, uns ehrlich zu machen: Nicht jeder Ortsverein muss erhalten bleiben – manchmal ist ein Neuanfang in anderer Form sinnvoller. Auch digitale Formate oder projektbezogene Gruppenarbeit könnten Möglichkeiten sein, Menschen für politische Arbeit zu begeistern, ohne sie gleich in feste Gremien zu pressen. Es braucht eine neue Kultur des Miteinanders, in der Erfahrung und frische Ideen nicht gegeneinander stehen, sondern sich ergänzen. Die SPD darf nicht länger darauf warten, dass „die Jungen schon irgendwann übernehmen“. Wir müssen ihnen endlich Räume geben, in denen sie ernst genommen und nicht nur „mitgemeint“ werden.



